

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/19

Hannover, 13. Februar 1948

Klarstellungen in der Situation Kopf

R.B. Es war vorauszusehen, daß der erste Fehlschlag in der Kampagne gegen den niedersächsischen Ministerpräsidenten Kopf die Kommunisten nicht entmutigen werde. In Ermangelung neuer Argumente haben sie im Niedersächsischen Landtag eine Forderung erhoben, die bereits vor drei Wochen von den hierfür maßgebenden Stellen als überflüssig abgelehnt worden war und nun dasselbe Schicksal erlitt: die Beurlaubung Kopfs bis zur Klärung der Angelegenheit.

Als der niedersächsische Regierungschef am 23. Januar durch eine Radiomeldung von den gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen der polnischen Regierung erfuhr, verfaßte er unverzüglich ein Communiqué, in dem er erklärte, daß die soeben veröffentlichten Behauptungen in keinem Punkte zuträfen. Da das bei der Alliierten Kriegsverbrecherkommission geübte Verfahren im Umkreis des Ministerpräsidenten nicht bekannt war, begab er sich sofort zur englischen Militärregierung, wo man ihm sagte, eine offizielle Anklage der polnischen Regierung oder eine Äußerung der UNWCC (Alliierte Kriegsverbrecherkommission) liege noch nicht vor, so daß keine Veranlassung bestehe, Kopf als einen Kriegsverbrecher zu betrachten. In den darauf folgenden Tagen gaben der englische Staatsminister Hector McNeil und ein Sprecher des englischen Außenministeriums ähnliche Verlautbarungen aus, während Lord Pakenham und General Robertson zum Ausdruck brachten, daß es sich um Beschuldigungen handle, deren Unrichtigkeit bereits 1945 erwiesen worden war.

Ministerpräsident Kopf zögerte nicht, sowohl dem Gebietsbeauftragten General Lingham als auch dem Niedersächsischen Kabinett den Vorschlag vorzulegen, sich von seinen Amtsgeschäften beurlauben zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von beiden Seiten abgelehnt, lediglich der kommunistische Minister Abel verlangte einen Untersuchungsausschuß und verließ das Kabinett, als den nicht entsprochen wurde. Nachdem Kopf die Bestätigung eines allseitigen Vertrauens einschließlich des Landtags erhalten hatte, ergab sich für ihn die Situation, seinen Amtsgeschäften unbedingt weiterhin nachgehen zu müssen.

Die Staatsregierung des Landes Niedersachsen unterhält keinerlei direkte Beziehungen zu Polen. Sämtliche Verbindungen zu auswärtigen Mächten unterstehen unmittelbar der englischen Militärregierung. Aus diesem Grunde und aus der Tatsache, daß Landtag, Kabinett und Militärregierung dem Ministerpräsidenten das Vertrauen aussprachen, hatte Kopf keine Veranlassung, auf seine Beurlaubung zu bestehen, umso weniger, als die Beschuldigungen nach seiner Erklärung unwahr sind. Die demokratischen Institutionen und auch der Ministerpräsident haben also Polens Anklagen nicht einfach ignoriert, sondern sie haben aus einer in ihrem wahren Gehalt erkannten Situation Konsequenzen gezogen, die jeder Kritik standhalten.

Im weiteren Verlauf sind von der kommunistischen Presse, insbesondere vom "Neuen Deutschland" in Berlin eine Reihe von Verdächtigungen und Behauptungen gegen Kopf vorgebracht worden, auf die einzugehen zwecklos ist, da sie durch eine einfache Nachprüfung sämtlich zu widerlegen waren. Erst wenn dem niedersächsischen Ministerpräsidenten eine amtliche Anklage der UNWCO durch die Engländer übermittelt wird, ist es seine Aufgabe, die Beschuldigungen durch Gegenbeweise zu erledigen. Das Verlangen der kommunistischen Presse und der KPD in Niedersachsen, Kopf solle sofort verschwinden, muß deshalb rein agitatorisch gewertet werden. Selbstverständlich reichen die Presseerklärungen vom 23. Januar nicht aus, um die Verfahrensregeln eines Rechtsstaates über den Haufen zu werfen.

Inzwischen sind Namen polnischer Staatsangehöriger genannt worden, die bereit sind, zu bezeugen, daß Kopf sie angeblich geschädigt habe. Das besagt ohne objektive Überprüfung nichts, es sei aber nicht verschwiegen, daß täglich Stöße von Briefen in der Niedersächsischen Staatskanzlei abgegeben werden, die ein wesentlich anderes Bild von der früheren Tätigkeit des Ministerpräsidenten entstehen lassen.

Jan Masaryk will zu den Sozialdemokraten

Gut unterrichtete Kreise in Prag erwarten in Kürze den Beitritt des derzeitigen unabhängigen Außenministers der Tschechoslowakei, Jan Masaryk, zur Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei, die als einzige sozialistische Partei Osteuropas bisher trotz aller Anstrengungen der Kommunisten, sie zu einer Fusion zu zwingen, ihre Selbständigkeit bewahrt hat. Jan Masaryk, der Sohn des ehemaligen Präsidenten der Tschechoslowakei, dürfte bei den bevorstehenden Parlamentswahlen bereits für die Sozialdemokratische Partei kandidieren, mit deren Vorsitzenden Lauschmann er dieser Tage eine lange Unterredung hatte.

(B. 65/132/hs)

Finnlands Kampf um die Demokratie

A.M. Göteborg, im Februar 1948

Ein finnischer Politiker kennzeichnete die Situation seines Landes kürzlich in folgendem Sinne: während des Krieges habe die Friedensopposition häufig geltend gemacht, daß innenpolitische Begleitumstände allzu weitgehend auf die außenpolitischen Entscheidungen einwirkten; jetzt könne man sagen, daß das umgekehrte Verhältnis eingetreten sei. Ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion sei für Finnland eine unumgängliche Notwendigkeit. Wenn aber innenpolitische Entscheidungen ungünstige Folgen in den Beziehungen zu dem östlichen Nachbarn zeitigen können, werden diese zu außenpolitischen Fragen ersten Ranges. Eine dauernde, ernste Krise mit drohender neuer Inflation erschüttert das Land. Das Wettrennen zwischen Preisen und Löhnen war in erster Linie durch die fortgesetzte Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte verursacht. Die finnischen Großbauern, die ehemals die lappofaschistische Bewegung bildeten, werden beschuldigt, daß sie eine systematische Sabotage betreiben, um die permanente Krise aufrechtzuerhalten. Die Fleischpreise sind seit der Vorkriegszeit um das Zwanzigfache gestiegen. Als vor einiger Zeit ein Kilo Schweinefleisch 350.-- Mark, ein Kilo Eier 400.-- Mark kostete, betrug der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters 300.-- Mark. Ein Paket Tabak, das vor dem Kriege 3.75 Mark kostete, notiert jetzt zu 40.-- Mark. Seife wird nur jeden vierten Monat ein Stück zugeteilt; andere Waschmittel gibt es überhaupt nicht. Somit sind auch die Minderbemittelten wohl oder übel gezwungen, sich notwendige Waren im Schwarzhandel zu beschaffen.

Aus diesem Notstand der werktätigen Bevölkerung ergab sich jene Kette von Arbeitsunruhen, die mit dem Streik der Staatsbeamten zu Ende des ^{vor}Jahres den Höhepunkt erreichten. Was aber Streiks für die finnische Wirtschaft bedeuten, kann man nur ermessen, wenn man sich die enormen Leistungen vorstellt, zu der diese aufgrund der Schadenersatzlieferungen an die Sowjetunion gezwungen ist. Während des vierten Lieferungsjahres hat Finnland Sachwerte in Höhe von 35 Millionen Dollar zu liefern. Diese Lieferungswerte sind aber aufgrund der Preislage von 1938 berechnet, so daß entsprechend der unerhörten und ungleichmäßigen Preissteigerung ein Schadenersatzdollar bisweilen 1.800 finn. Mark ausmacht. Für jeden verbleibenden Rest bzw. für die Verzögerung einer Lieferung wird Finnland mit einem Strafzins von fünf Prozent per Monat - nicht nur für den verbliebenen Rest - sondern für die Gesamtlieferung belegt wird. Im vierten Jahre der Schadenersatzlieferungen hat Finnland u.a. 2000 Eisenbahnwagen, 75 Lokomotiven, 74 Seefahrzeuge, ein Schwimmdock, eine Pappfabrik zu liefern. Jede Sache muß bis in alle Einzelheiten komplett hergestellt sein; zu der Pappfabrik gehören beispielsweise: Brandschutzanlage, Telefonzentrale, Laboratorium usw. Um das Risiko der Lieferungsverzögerungen, das in erster Linie durch die Notwendigkeit der Einfuhr von Stahl- und Eisenprodukten besteht, zu verringern und den besonders hohen Anforderungen dieses Jahres gewachsen zu sein, mußte sich die finnische Industrie

weitgehend selbstversorgende Produktionsmöglichkeiten schaffen. Kennzeichnend für die rapide Industrialisierung ist die enorme Entwicklung der Industriearbeiterschaft: 1935 waren in der Metallindustrie ungefähr 32.000, im Jahre 1947 72.000 Arbeiter beschäftigt; die Anzahl der Arbeiter in der Gesamtindustrie stieg von 125.000 im Jahre 1920 auf 225.000 im Jahre 1946.

Zu den für 1948 vorgesehenen Leistungen wird die finnische Industrie nur dann annähernd instande sein, wenn alle Störungen im Produktionsprozeß möglichst vermieden werden. Darum wurde zu Ende 1947 ein neuer Lebenshaltungsindex festgesetzt und die Löhne entsprechend reguliert. Dadurch ist eine gewisse Beruhigung eingetreten. Diese hat jedoch die politischen Verhältnisse des Landes nicht zu stabilisieren vermocht. Nachdem die kommunistische Partei bei den im Dezember stattgefundenen Kommunalwahlen wiederum eine empfindliche Niederlage erlitt, ist das Vertrauen zu der volkedemokratischen Koalitionsregierung weiterhin stark gesunken. Die fast unhaltbare Stellung der Regierung wird besonders durch die Haltung des Reichstags gekennzeichnet. So wurde beispielsweise der Vorschlag der Regierung, ihre durch das "wirtschaftliche Nachtgesetz" bis Jahresende 1947 verliehenen Vollmachten um ein weiteres Jahr zu verlängern, vom Reichstag abgelehnt. Da das gesamte Rationierungssystem von diesem Gesetz abhängt, konnte der Reichstag den Vorschlag zwar nicht ganz verwerfen, doch wurde die Gültigkeit des Gesetzes nur auf weitere drei Monate anerkannt und die Regierung verpflichtet, eine neue Proposition vorzulegen.

Als besonders kennzeichnend gilt folgender Beschluß: Es wurde vorgeschlagen, die militärische Dienstzeit auf sechs Monate herabzusetzen. Von sowjetrussischer Seite hatte man aber zu verstehen gegeben, daß eine Verminderung der finnischen Armee unerwünscht sei. Der Vorschlag der Regierung lautete natürlich, daß eine Verminderung nicht erfolgen könne; dennoch erklärte der Reichstag eine sechsmonatige Dienstzeit für ausreichend. Ein ähnliches Ergebnis wurde im Finanzausschuß des Reichstags bei der Beratung für das diesjährige Budget für die Staatspolizei erzielt. Die vorgesehenen Ausgaben wurden beträchtlich herabgesetzt, so daß die Staatspolizei, die fast ausschließlich von den Kommunisten beherrscht wird, erheblich eingeschränkt werden muß. Auch die Ausgaben für die Ordnungspolizei werden stark gekürzt; die Begründung lautet, daß der "unnötige Wachdienst" eingestellt werden könne. Damit ist jene Polizeiwacht gemeint, die ihren Dienst vor der Wohnung des Innenministers, den kommunistischen Parteilokalen und ähnlichen Stellen ausüben hat. Schließlich betrachtet die finnische Sozialdemokratie es als einen besonderen Erfolg, daß es gelungen ist, die Pressefreiheit entgegen der Intentionen der Regierung weiterhin zu wahren.

Als die finnische Sozialdemokratie im vorigen Jahre einen "Tag der nordischen Demokratie" feierte, äußerte der junge, energische Führer der Partei, Leskinen, daß das Wesen der nordischen Demokratie vor allem darin besteht, daß sie aus der Idee der Freiheit die soziale Lebensform erstrebe; im gleichen Sinne, wie die nordische Demokratie

weitgehend selbstversorgende Produktionsmöglichkeiten schaffen. Kennzeichnend für die rapide Industrialisierung ist die enorme Entwicklung der Industriearbeiterschaft: 1935 waren in der Metallindustrie ungefähr 32.000, im Jahre 1947 72.000 Arbeiter beschäftigt; die Anzahl der Arbeiter in der Gesamtindustrie stieg von 125.000 im Jahre 1926 auf 225.000 im Jahre 1946.

Zu den für 1948 vorgesehenen Leistungen wird die finnische Industrie nur dann annähernd imstande sein, wenn alle Störungen im Produktionsprozeß möglichst vermieden werden. Darum wurde zu Ende 1947 ein neuer Lebenshaltungsindex festgesetzt und die Löhne entsprechend reguliert. Dadurch ist eine gewisse Beruhigung eingetreten. Diese hat jedoch die politischen Verhältnisse des Landes nicht zu stabilisieren vermocht. Nachdem die kommunistische Partei bei den im Dezember stattgefundenen Kommunalwahlen wiederum eine empfindliche Niederlage erlitt, ist das Vertrauen zu der volksdemokratischen Koalitionsregierung weiterhin stark gesunken. Die fast unhaltbare Stellung der Regierung wird besonders durch die Haltung des Reichstags gekennzeichnet. So wurde beispielsweise der Vorschlag der Regierung, ihre durch das "wirtschaftliche Machtgesetz" bis Jahresende 1947 verliehenen Vollmachten um ein weiteres Jahr zu verlängern, vom Reichstag abgelehnt. Da das gesamte Rationierungssystem von diesem Gesetz abhängt, konnte der Reichstag den Vorschlag zwar nicht ganz verwerfen, doch wurde die Gültigkeit des Gesetzes nur auf weitere drei Monate anerkannt und die Regierung verpflichtet, eine neue Proposition vorzulegen.

Als besonders kennzeichnend gilt folgender Beschluß: Es wurde vorgeschlagen, die militärische Dienstzeit auf sechs Monate herabzusetzen. Von sowjetrussischer Seite hatte man aber zu verstehen gegeben, daß eine Verminderung der finnischen Armee unerwünscht sei. Der Vorschlag der Regierung lautete natürlich, daß eine Verminderung nicht erfolgen könne; dennoch erklärte der Reichstag eine sechsmonatige Dienstzeit für ausreichend. Ein ähnliches Ergebnis wurde im Finanzausschuß des Reichstags bei der Beratung für das diesjährige Budget für die Staatspolizei erzielt. Die vorgesehenen Ausgaben wurden beträchtlich herabgesetzt, so daß die Staatspolizei, die fast ausschließlich von den Kommunisten beherrscht wird, erheblich eingeschränkt werden muß. Auch die Ausgaben für die Ordnungspolizei werden stark gekürzt; die Begründung lautet, daß der "unnötige Wachdienst" eingestellt werden könne. Damit ist jene Polizeiwacht gemeint, die ihren Dienst vor der Wohnung des Innenministers, den kommunistischen Parteilokalen und ähnlichen Stellen auszuüben hat. Schließlich betrachtet die finnische Sozialdemokratie es als einen besonderen Erfolg, daß es gelungen ist, die Pressefreiheit entgegen der Intentionen der Regierung weiterhin zu wahren.

Als die finnische Sozialdemokratie im vorigen Jahre einen "Tag der nordischen Demokratie" feierte, äußerte der junge, energische Führer der Partei, Leskinen, daß das Wesen der nordischen Demokratie vor allem darin bestehe, daß sie aus der Idee der Freiheit die soziale Lebensform erstrebe; im gleichen Sinne, wie die nordische Demokratie

sich entschieden gegen wirtschaftliche Anarchie und soziale Willkür verwehre, wehre sie sich auch rücksichtslos gegen jene Versuche, sich als Schutzschild für Gesinnungsterror, Spionage und Polizeigewalt mißbrauchen zu lassen. Jenes Bekenntnis wirkte noch wie ein verzweifeltes Aufbegehren gegen den erdrückenden Einfluß des Ostens; seither mehren sich jedoch die Zeichen, daß Finnland fest entschlossen ist, nichts unversucht zu lassen, um sich endgültig der Gemeinschaft der nordischen Demokratie anzuschließen.

Vor neuen Kraftproben in Berlin

Br. Berlin, im Februar 1948

Mit imponierender Ruhe begegnet die große Mehrheit der Berliner dem Nervenkrieg um die Vier-Zonen-Stadt. Daran ähneln auch Nadelstiche wie die zeitweise Unterbindung des Verkehrs mit den Westzonen durch eine Besatzungsmacht nichts, weil der Berliner erkannt hat, daß diese Zermürbungstaktik vor allen gegen seine Nerven gerichtet ist.

Die neue Bizonencharter der Generäle Olay und Robertson hat hier keine besonders starke Beachtung gefunden. Die Einheitspresse läuft weiter auf vollen Touren, aber ihre Argumente sind weder neu noch sonderlich interessant. Der Standpunkt des demokratischen Berlin kann etwa so zusammengefaßt werden:

Es wäre erfreulich, wenn die Frankfurter Neuregelung dazu beitrüge, den Wirtschaftsaufbau im Westen endlich ernster voranzutreiben. Es ist zu bedauern, daß Berlin noch nicht in diesen Prozeß eingeschaltet werden kann, während es gleichzeitig verschärfter Absperrung vom natürlichen Hinterland der Ostzone unterliegt. Die näheren wirtschaftlichen Perspektiven sind hier unverändert ungünstig. Aber man weiß, daß eine wirtschaftliche Belebung im Westen auf längere Sicht ganz Deutschland zugute kommen würde. Politisch hat sich an der zentralen Bedeutung des Berliner Geschehens nicht das geringste geändert.

Im Laufe der nächsten Wochen und Monate wird man übrigens Kraftproben erleben, die beweisen werden, daß der Selbstbehauptungswille der Berliner ungebrochen ist. Das werden sie bei der Hundertjahrfeier am 18. März zum Ausdruck bringen, die die Wortführer der "Volksdemokratie" für sich monopolisieren wollten. Im März soll auch die Leitung der Berliner Gewerkschaften neugewählt werden. Diese Leitung befindet sich gegenwärtig, ebenso wie in der Ostzone, in Händen der SED. Die mit einem komplizierten Staffelungssystem verbundene Wahlordnung macht es fast unmöglich, daß sich der Wille der Mitgliedschaft durchsetzt. Dennoch wird die unabhängige, freigewerkschaftliche Opposition zum Wahlkampf antreten. Sozialdemokraten, christliche und parteilose Gewerkschaftler werden auch bei den später stattfindenden Betriebsrätewahlen gegen den Machtanspruch der gegenwärtigen FDGB-Führung auftreten.

Zum Herbst sind dann Neuwahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung fällig. Die Sozialdemokraten wünschen keine Verschiebung, weil sie dem Urteil der Bevölkerung gelassen entgegengehen können.

Hochherziges Angebot

sp. - Die sozialistische Partei Österreichs richtete an den Parteivorstand der SED unter dem 15.1.1948 ein großzügiges Angebot, das man angesichts der Notlage Österreichs moralisch und sachlich nicht hoch genug bewerten kann. Es wurden zehn bis zwölf dringend erholungsbedürftige sozialdemokratische Gelehrte oder Künstler eingeladen, in einem Heim in der Nähe von Graz acht Erholungswochen mit guter Unterbringung und Verpflegung zu verleihen.

Grimme und die sechsjährige Grundschule

sp. - Es werden seit einigen Tagen in der Öffentlichkeit Behauptungen ausgestreut, als habe der Kultusminister von Niedersachsen, Adolf Grimme, sich von der Forderung der sechsjährigen Grundschule distanziert. Kultusminister Grimme hat bereits ein entsprechendes Dementi gegeben. Weil jedoch dieses Dementi weitgehend unbeachtet geblieben ist, wird im folgenden der betreffende Abschnitt der Rede des Kultusministers vor dem Landtag am 29. Januar 1948 wiedergegeben:

"Ich habe noch vor wenigen Tagen die Möglichkeit gehabt, ausschlaggebenden Herren der Ostzone über die Frage, ob man unter allen Umständen dort an der achtjährigen Grundschule festhalte, zu konferieren und habe zu meiner Freude festgestellt, daß man auch dort bereit ist, im Interesse der kulturellen Einheit Deutschlands nichts zum Dogma zu machen, was der Erhaltung dieser Einheit im Wege stehen könnte. Ich bin überzeugt, daß dann, wenn man im übrigen Deutschland entsprechend des Clay'schen Vorschlages für die US-Zone, zu der sechsjährigen Grundschule kommen sollte, auch die Ostzone nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen würde."

Sozialistische Union in Italien gebildet

In der sozialistischen Bewegung Italiens hat sich neuerdings eine bedeutsame Entwicklung vollzogen. Der ehemalige Generalsekretär der mit den Kommunisten paktierenden Nonni-Gruppe, Lombardo, ist mit seinen zahlreichen Anhängern zur Saragat-Gruppe übergegangen, die jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnt, den Marshall-Plan unterstützt und an der Regierung de Gasperi beteiligt ist. Die Saragat-Gruppe hat sich nach dem Zusammenschluß mit Lombardo unter dem Namen "Sozialistische Union" neu konstituiert und dürfte bei den kommenden Parlamentswahlen im April eine wichtige Rolle spielen. Mit Lombardo ist auch der bekannte Antifaschist und Schriftsteller Ignacio Silone zur neugebildeten Sozialistischen Union übergetreten, der in der sozialistischen Bewegung Italiens großes Ansehen genießt.